

## **Berufsordnung**

**für die Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und  
für die Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen  
und -psychotherapeuten Bayerns**

**vom 2. Juli 2014**

Die 24. Delegiertenversammlung der Bayerischen Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichen-psychotherapeuten hat am 2. Juli 2014 auf Grund von Art. 20 in Verbindung mit Art. 65 des Heilberufe-Kammergesetzes (HKaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 2002 (GVBl. S. 42) eine Neufassung der Berufsordnung beschlossen. Diese Berufsordnung ersetzt mit ihrem Inkrafttreten am 1. Oktober 2014 die Berufsordnung vom 28. Oktober 2004.

Das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege hat die Neufassung der Berufsordnung mit Schreiben vom 11. August 2014, Aktenzeichen G32b-G8536-2014/1-10, genehmigt.

## Inhaltsverzeichnis

<u>Präambel</u>	<u>4</u>
<u>Grundsätze</u>	<u>5</u>
§ 1 Berufsaufgaben	5
§ 2 Berufsbezeichnungen	5
§ 3 Allgemeine Berufspflichten	6
<u>Regeln der Berufsausübung</u>	<u>8</u>
§ 4 Allgemeine Pflichten	8
§ 5 Sorgfaltspflichten	8
§ 6 Abstinenz	10
§ 7 Aufklärungspflicht	11
§ 8 Schweigepflicht	12
§ 9 Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht	13
§ 10 Datensicherheit	14
§ 11 Einsichtnahme in die Patientenakte	14
§ 12 Umgang mit minderjährigen Patienten	15
§ 13 Umgang mit eingeschränkt einwilligungsfähigen Patienten	16
§ 14 Honorierung und Abrechnung	16
§ 15 Fortbildungspflicht	17
§ 16 Qualitätssicherung	18
§ 17 Verhalten gegenüber Kollegen und Dritten	18
§ 18 Delegation	18
§ 19 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Arbeitgeber oder Vorgesetzte	19
<u>Formen der Berufsausübung</u>	<u>20</u>
§ 20 Ausübung psychotherapeutischer Tätigkeit in einer Niederlassung	20
§ 21 Berufliche Kooperationen	21

§ 22 Anforderungen an die Praxen	22
§ 23 Informationen über Praxen und werbende Darstellung der Berufstätigkeit	23
§ 24 Vorsorgemaßnahmen für Aktenaufbewahrung und Datensicherheit	24
§ 25 Ausübung des Berufs in einem Beschäftigungs- oder Dienstverhältnis	25
§ 26 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Lehrende und Lehrtherapeuten sowie als Supervisoren	25
§ 27 Gutachten, Stellungnahmen, Bescheinigungen	26
§ 28 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Forschung	27
<u>Schlussbestimmungen</u>	<u>28</u>
§ 29 Pflichten gegenüber der Kammer	28
§ 30 Ahnden von Verstößen	28
§ 31 Berufsrechtsvorbehalt	28
§ 32 Inkrafttreten	28

## Präambel

<sup>1</sup>Die auf der Grundlage des Bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes beschlossene Berufsordnung regelt die Berufsausübung der Psychologischen Psychotherapeutinnen und Psychologischen Psychotherapeuten sowie der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (im Folgenden „Psychotherapeutinnen“ und „Psychotherapeuten“<sup>1</sup> genannt) in Bayern. <sup>2</sup>Sie sieht sich im Einklang mit berufsethischen Traditionen von akademischen Heilberufen auf nationaler und internationaler Ebene und bezieht sich auf die ethischen Wertentscheidungen, wie sie in den Grundrechten des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland verankert sind. <sup>3</sup>Die Berufsordnung stellt die Überzeugung der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu berufswürdigem Verhalten gegenüber Patienten, Kollegen, anderen Partnern im Gesundheitswesen sowie zum Verhalten in der Öffentlichkeit dar. <sup>4</sup>Die Berufsordnung dient dem Ziel,

- das Vertrauen zwischen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und ihren Patienten zu fördern,
- den Schutz der Patienten zu sichern,
- die Qualität der psychotherapeutischen Tätigkeit im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung sicherzustellen,
- die freie Berufsausübung zu sichern,
- das Ansehen des Berufs zu wahren und zu fördern,
- auf berufswürdiges Verhalten hinzuwirken und berufsunwürdiges Verhalten zu verhindern und
- auf kollegiales Verhalten hinzuwirken.

---

<sup>1</sup> Alle in der vorliegenden Berufsordnung verwendeten Personen- und Gruppenbezeichnungen gelten sowohl für Frauen als auch für Männer.

## Grundsätze

### § 1 Berufsaufgaben

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten üben die Heilkunde unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Standards aus mit dem Ziel, Krankheiten vorzubeugen und zu heilen, Gesundheit zu fördern und zu erhalten sowie Leiden zu lindern.
- (2) <sup>1</sup>Sie betätigen sich insbesondere in der kurativen und palliativen Versorgung, in der Prävention und Rehabilitation, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung, in Forschung und Lehre, im öffentlichen Gesundheitsdienst, in der Kinder- und Jugendhilfe und in anderen Feldern des Sozialwesens, in der Beratung, in der Leitung und im Management von Gesundheits- und Versorgungseinrichtungen sowie deren wissenschaftlicher Evaluation, in der wissenschaftlichen Weiterentwicklung der Konzepte, Verfahren und Methoden der Psychotherapie. <sup>2</sup>Sie beteiligen sich darüber hinaus an der Erhaltung und Weiterentwicklung der soziokulturellen Lebensgrundlagen im Hinblick auf ihre Bedeutung für die psychische Gesundheit der Menschen.
- (3) Der Beruf der Psychotherapeutin und des Psychotherapeuten ist seiner Natur nach ein freier Beruf und kein Gewerbe.

### § 2 Berufsbezeichnungen

- (1) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten führen die gesetzlichen Berufsbezeichnungen. <sup>2</sup>Zulässige Berufsbezeichnungen sind gemäß § 1 Absatz 1 Psychotherapeutengesetz (PsychThG):
- „Psychologische Psychotherapeutin“ oder „Psychologischer Psychotherapeut“,
  - „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin“ oder „Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut“,
  - „Psychotherapeutin“ oder „Psychotherapeut“.
- (2) <sup>1</sup>Qualifikationen, Tätigkeitsschwerpunkte und akademische Grade dürfen unter Beachtung von § 23 Absätze 3 und 4 angegeben werden. <sup>2</sup>Die Voraussetzungen für derartige Angaben sind gegenüber der Bayerischen Landeskammer der Psychologischen Psycho-

therapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (im Folgenden „Kammer“ genannt) auf Verlangen nachzuweisen. <sup>3</sup>Die Angabe eines Tätigkeitsschwerpunkts setzt eine nachhaltige Tätigkeit in diesem Bereich voraus und muss mit dem Zusatz „Tätigkeitsschwerpunkt“ erfolgen. <sup>4</sup>Für das Führen von Gebiets-, Teilgebiets- und Zusatzbezeichnungen gelten die Vorschriften der Weiterbildungsordnung der Kammer.

### § 3 Allgemeine Berufspflichten

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, ihren Beruf gewissenhaft auszuüben und dem ihnen im Zusammenhang mit ihrem Beruf entgegengebrachten Vertrauen zu entsprechen.
- (2) Bei der Berufsausübung sind die international anerkannten ethischen Prinzipien zu beachten, insbesondere
  - die Autonomie der Patienten zu respektieren,
  - Schaden zu vermeiden,
  - Nutzen zu mehren und
  - Gerechtigkeit anzustreben.
- (3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben die Würde ihrer Patienten zu achten, unabhängig insbesondere von Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung, sozialer Stellung, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder politischer Überzeugung.
- (4) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten beachten die Menschenrechte. <sup>2</sup>Insbesondere ist ihnen die aktive und passive Beteiligung an physischer und psychischer Folter verboten. <sup>3</sup>Dazu gehört auch die Begleitung und Beratung bei der Anwendung der Folter, die Drohung mit ihrer Anwendung und die wissenschaftliche Erforschung und Entwicklung von Foltertechniken.
- (5) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen keine Grundsätze und keine Vorschriften oder Anweisungen befolgen, die mit ihrer Aufgabe unvereinbar sind und deren Befolgung einen Verstoß gegen diese Berufsordnung beinhalten würde.

- (6) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen fachliche Weisungen nur von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und von Ärzten entgegennehmen, die über die entsprechende fachliche Qualifikation verfügen.
- (7) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, die professionelle Qualität ihres Handelns unter Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu sichern und weiterzuentwickeln.
- (8) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben bei ihrem öffentlichen Auftreten alles zu unterlassen, was dem Ansehen des Berufsstandes schadet. <sup>2</sup>Sie haben darauf zu achten, dass ihr öffentliches Auftreten unter Verwendung der Berufsbezeichnung nicht mit der Ausübung von Psychotherapie gleichgesetzt wird. <sup>3</sup>Fachliche Äußerungen müssen sachlich informierend und wissenschaftlich fundiert sein. <sup>4</sup>Insbesondere sind irreführende Heilungsversprechen und unlautere Vergleiche untersagt. <sup>5</sup>Im Übrigen gilt § 23 Absätze 3 und 4.

## Regeln der Berufsausübung

### § 4 Allgemeine Pflichten

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, sich über die für die Berufsausübung geltenden Vorschriften unterrichtet zu halten und diese zu beachten.
- (2) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die ihren Beruf ausüben, haben die Pflicht, sich gegen die aus der Ausübung ihres Berufs ergebenden Haftpflichtansprüche ausreichend zu versichern und dies auf Verlangen der Kammer nachzuweisen. <sup>2</sup>Die Versicherungspflicht besteht für die Psychotherapeutin oder den Psychotherapeuten persönlich, es sei denn, die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut ist in vergleichbarem Umfang, insbesondere im Rahmen eines Anstellungs- oder Beamtenverhältnisses, gegen Haftpflichtansprüche abgesichert.

### § 5 Sorgfaltspflichten

- (1) <sup>1</sup>Jede psychotherapeutische Behandlung hat unter Wahrung der Rechte der Patienten, insbesondere des Selbstbestimmungsrechts, zu erfolgen. <sup>2</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen weder das Vertrauen, die Unwissenheit, Leichtgläubigkeit, wirtschaftliche Notlage oder Hilflosigkeit von Patienten ausnutzen, noch unangemessene Versprechungen oder Entmutigungen in Bezug auf das Behandlungsergebnis machen.
- (2) <sup>1</sup>Vor Beginn einer psychotherapeutischen Behandlung hat in der Regel eine diagnostische Abklärung unter Einbeziehung anamnestischer Erhebungen zu erfolgen. <sup>2</sup>Dabei sind erforderlichenfalls Befundberichte Dritter zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Indikationsstellung und Erstellung eines Gesamtbehandlungsplans haben unter Berücksichtigung der mit den Patienten erarbeiteten Behandlungsziele zu erfolgen.
- (3) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen keine Behandlung durchführen und sind verpflichtet, eine begonnene Behandlung zu beenden, wenn sie feststellen, dass das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Behandler nicht herstellbar ist, sie für die konkrete Aufgabe nicht befähigt oder hierfür nicht ausgebildet sind. <sup>2</sup>Eine kontraindizierte Behandlung ist selbst bei ausdrücklichem Wunsch eines Pati-



enten abzulehnen. <sup>3</sup>Wird eine Behandlung bei fortbestehender Indikation beendet, ist die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut verpflichtet, dem Patienten ein Angebot zu machen, ihn bei der Suche nach Behandlungsalternativen zu unterstützen.

- (4) <sup>1</sup>Erkennen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, dass ihre Behandlung keinen Nutzen mehr erwarten lässt, so sind sie gehalten, die Behandlung zu beenden. <sup>2</sup>Sie haben dies dem Patienten zu erläutern und das weitere Vorgehen mit ihm zu erörtern.
- (5) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten erbringen psychotherapeutische Behandlungen im unmittelbaren persönlichen Kontakt. <sup>2</sup>Sie dürfen psychotherapeutische Behandlungen nur in begründeten Ausnahmefällen und unter Beachtung besonderer Sorgfalt ausschließlich über briefliche oder elektronische Kommunikation durchführen, wenn der Kontakt vom Patienten nicht anderweitig herstellbar ist. <sup>3</sup>Modellprojekte, insbesondere zur Forschung, in denen psychotherapeutische Behandlungen ausschließlich über Kommunikationsnetze durchgeführt werden, bedürfen einer Ausnahme-Genehmigung durch die Kammer und sind zu evaluieren.
- (6) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben Kollegen, Ärzte oder Angehörige anderer Fachberufe im Gesundheits- und Sozialwesen in Absprache mit dem Patienten hinzuzuziehen, wenn weitere Informationen oder Fähigkeiten erforderlich sind. <sup>2</sup>Die Verantwortungsbereiche der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten und des Angehörigen des anderen Berufes müssen klar erkennbar bleiben.
- (7) <sup>1</sup>Die Überweisung bzw. Zuweisung von Patienten muss sich an den fachlichen Notwendigkeiten orientieren. <sup>2</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen sich für die Zuweisung bzw. Überweisung von Patienten weder Entgelt noch sonstige Vorteile versprechen lassen noch selbst versprechen, annehmen oder leisten.
- (8) Die Übernahme einer zeitlich parallelen oder nachfolgenden Behandlung von Ehegatten, Partnern, Familienmitgliedern oder von in engen privaten und beruflichen Beziehungen zu einem Patienten stehenden Personen ist mit besonderer Sorgfalt zu prüfen.

## § 6 Abstinenz

- (1) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben die Pflicht, ihre Beziehungen zu Patienten und deren Bezugspersonen professionell zu gestalten und dabei jederzeit die besondere Verantwortung gegenüber ihren Patienten zu berücksichtigen. <sup>2</sup>Die Verantwortung für ein berufsethisch einwandfreies Vorgehen trägt allein die behandelnde Psychotherapeutin oder der behandelnde Psychotherapeut.
- (2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen die Vertrauensbeziehung zu Patienten nicht zur Befriedigung eigener Interessen und Bedürfnisse missbrauchen oder versuchen, aus dieser persönliche oder wirtschaftliche Vorteile zu ziehen.
- (3) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen keine sexuellen Handlungen an einem Patienten vornehmen oder an sich von einem Patienten vornehmen lassen. <sup>2</sup>Jeglicher sexueller Kontakt von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu ihren Patienten ist unzulässig.
- (4) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sollen außertherapeutische Kontakte zu Patienten auf das Nötige beschränken und so gestalten, dass eine therapeutische Beziehung möglichst wenig gestört wird.
- (5) <sup>1</sup>Die Tätigkeit von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten wird ausschließlich durch das Honorar abgegolten. <sup>2</sup>Sie dürfen von Patienten keine entgeltlichen oder unentgeltlichen Dienstleistungen fordern oder annehmen. <sup>3</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen nicht direkt oder indirekt Nutznießer von Geschenken, Zuwendungen, Erbschaften oder Vermächtnissen werden und haben diese Zuwendungen abzulehnen, es sei denn, der Wert ist geringfügig. <sup>4</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Berufes keine Waren verkaufen oder gewerbliche Dienstleistungen erbringen.
- (6) Die abstinente Haltung erstreckt sich auch auf die Personen, die einem Patienten nahe stehen, bei Kindern und Jugendlichen insbesondere auf deren Eltern und Sorgeberechtigte.

- (7) Das Abstinenzgebot gilt auch für die Zeit nach Beendigung der Psychotherapie, solange noch eine Behandlungsnotwendigkeit oder eine Abhängigkeitsbeziehung des Patienten zur Psychotherapeutin oder zum Psychotherapeuten gegeben ist, in der Regel mindestens für einen Zeitraum von einem Jahr nach Beendigung der Psychotherapie.

## **§ 7 Aufklärungspflicht**

- (1) <sup>1</sup>Jede psychotherapeutische Behandlung bedarf der Einwilligung und setzt eine mündliche Aufklärung durch die behandelnde Psychotherapeutin oder den behandelnden Psychotherapeuten oder durch eine andere Person voraus, die über die zur Durchführung der jeweiligen Maßnahme notwendige Ausbildung verfügt. <sup>2</sup>Anders lautende gesetzliche Bestimmungen bleiben davon unberührt.
- (2) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten unterliegen einer Aufklärungspflicht gegenüber Patienten über sämtliche für die Einwilligung wesentlichen Umstände, insbesondere über Art, Umfang, Durchführung, zu erwartende Folgen und Risiken der Maßnahme sowie ihre Notwendigkeit, Dringlichkeit, Eignung und Erfolgsaussichten im Hinblick auf die Diagnose oder die Therapie. <sup>2</sup>Bei der Aufklärung ist auch auf Alternativen zur Maßnahme hinzuweisen, wenn mehrere gleichermaßen indizierte und übliche Methoden zu wesentlich unterschiedlichen Belastungen, Risiken oder Heilungschancen führen können. <sup>3</sup>Die Aufklärungspflicht umfasst weiterhin die Klärung der Rahmenbedingungen der Behandlung, z. B. Honorarregelungen, Sitzungsdauer und Sitzungsfrequenz sowie die voraussichtliche Gesamtdauer der Behandlung.
- (3) <sup>1</sup>Die Aufklärung hat vor Beginn einer Behandlung in einer auf die Befindlichkeit und Aufnahmefähigkeit des Patienten abgestimmten Form und so rechtzeitig zu erfolgen, dass der Patient seine Entscheidung über die Einwilligung wohlüberlegt treffen kann. <sup>2</sup>Treten Änderungen im Behandlungsverlauf auf oder sind erhebliche Änderungen des Vorgehens erforderlich, ist der Patient auch während der Behandlung darüber aufzuklären.
- (4) Dem Patienten sind Abschriften von Unterlagen, die er im Zusammenhang mit der Aufklärung oder Einwilligung unterzeichnet hat, auszuhändigen.
- (5) In Institutionen und im Rahmen von Kooperationen arbeitende Psychotherapeutinnen

und Psychotherapeuten haben darüber hinaus ihre Patienten in angemessener Form über besondere Rahmenbedingungen sowie über die Zuständigkeitsbereiche weiterer, an der Behandlung beteiligter Personen zu informieren.

## **§ 8 Schweigepflicht**

- (1) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind zur Verschwiegenheit über Behandlungsverhältnisse verpflichtet und über das, was ihnen im Zusammenhang mit ihrer beruflichen Tätigkeit durch und über Patienten oder Dritte anvertraut und bekannt geworden ist. <sup>2</sup>Dies gilt - unter Berücksichtigung von § 11 Absatz 3 - auch über den Tod der betreffenden Personen hinaus.
- (2) <sup>1</sup>Soweit Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zur Offenbarung nicht gesetzlich verpflichtet sind, sind sie dazu nur befugt, wenn eine wirksame Entbindung von der Schweigepflicht vorliegt oder die Offenbarung zum Schutze eines höherwertigen Rechtsgutes erforderlich ist. <sup>2</sup>Weitergehende gesetzliche Voraussetzungen für eine Durchbrechung der Schweigepflicht bleiben unberührt. <sup>3</sup>Bei der Entscheidung über die Weitergabe von Informationen sind die Folgen für die Patienten und deren Therapie zu berücksichtigen.
- (3) <sup>1</sup>Bei allen Fällen der Einholung einer Entbindung von der Schweigepflicht ist das Selbstbestimmungsrecht der Patienten nach § 5 Absatz 1 vor dem Hintergrund der Besonderheiten des Behandlungsverhältnisses angemessen zu berücksichtigen. <sup>2</sup>Der erforderliche Umfang der Schweigepflichtentbindung ist jeweils abzuwägen.
- (4) Ist die Schweigepflicht aufgrund einer gesetzlichen Vorschrift eingeschränkt, so ist die betroffene Person darüber zu unterrichten.
- (5) Gefährdet ein Patient sich selbst oder andere oder wird er gefährdet, so haben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zwischen Schweigepflicht, Schutz des Patienten, Schutz eines Dritten bzw. dem Allgemeinwohl abzuwägen und gegebenenfalls Maßnahmen zum Schutz des Patienten oder Dritter zu ergreifen.

- (6) <sup>1</sup>Mitarbeiter und die Personen, die zur Vorbereitung auf den Beruf an einer psychotherapeutischen Tätigkeit teilnehmen, sind über die gesetzliche Verpflichtung zur Verschwiegenheit zu belehren. <sup>2</sup>Dies ist schriftlich festzuhalten.
- (7) <sup>1</sup>Im Rahmen kollegialer Beratung, Intervision, Supervision, in Publikationen oder zum Zwecke der wissenschaftlichen Forschung und Lehre dürfen Informationen über Patienten oder über Dritte nur in anonymisierter Form im Sinne des Bundesdatenschutzgesetzes verwendet werden. <sup>2</sup>Die Anonymisierung muss sicherstellen, dass keinerlei Rückschlüsse auf die Person des Patienten oder auf die Person Dritter erfolgen können. <sup>3</sup>Kann diese Anonymisierung nicht gewährleistet werden, ist die Weitergabe von Informationen nur mit vorausgegangener ausdrücklicher Entbindung von der Schweigepflicht zulässig.
- (8) <sup>1</sup>Ton- und Bildaufnahmen psychotherapeutischer Tätigkeit bedürfen der ausdrücklichen Einwilligung des Patienten. <sup>2</sup>Ihre Verwendung unterliegt der Schweigepflicht. <sup>3</sup>Der Patient ist über das Recht zu informieren, eine Löschung zu verlangen.
- (9) In allen Fällen der Unterrichtung Dritter hat sich die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut auf das im Einzelfall erforderliche Maß an Informationen zu beschränken.

## **§ 9 Dokumentations- und Aufbewahrungspflicht**

- (1) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, zum Zweck der Dokumentation in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der Behandlung oder Beratung eine Patientenakte in Papierform oder elektronisch zu führen. <sup>2</sup>Berichtigungen und Änderungen von Eintragungen in der Patientenakte sind nur zulässig, wenn neben dem ursprünglichen Inhalt erkennbar bleibt, wann sie vorgenommen worden sind. <sup>3</sup>Dies ist auch für elektronisch geführte Patientenakten sicherzustellen.
- (2) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, in der Patientenakte sämtliche aus fachlicher Sicht für die derzeitige und künftige Behandlung wesentlichen Maßnahmen und deren Ergebnisse aufzuzeichnen, insbesondere die Anamnese, Diagnosen, Untersuchungen, Untersuchungsergebnisse, Befunde, Therapien und ihre Wirkungen, Eingriffe und ihre Wirkungen, Einwilligungen und Aufklärungen. <sup>2</sup>Alle die Behandlung des Patienten betreffenden Unterlagen sind in die Patientenakte aufzunehmen.

- (3) Die Patientenakte ist für die Dauer von zehn Jahren nach Abschluss der Behandlung aufzubewahren, soweit sich nicht aus anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsdauer ergibt.

## **§ 10 Datensicherheit**

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben in ihrem Verantwortungsbereich sicherzustellen, dass erhobene Daten und persönliche Aufzeichnungen sicher verwahrt werden und gegenüber Zugriffen unbefugter Dritter umfassend geschützt sind.
- (2) <sup>1</sup>Dies gilt auch für elektronisch gespeicherte Daten und Aufzeichnungen. <sup>2</sup>Die jeweils aktuellen Sicherheitsstandards sind einzuhalten und die gesetzlich vorgeschriebenen Fristen sind zu beachten. <sup>3</sup>Die elektronische Übermittlung von Daten erfordert eine vor Zugriffen unbefugter Dritter geschützte Datenübertragung gemäß den aktuellen technischen Standards, soweit nicht eine Anonymisierung im Sinne des § 8 Absatz 7 Satz 2 erfolgt.

## **§ 11 Einsichtnahme in die Patientenakte**

- (1) <sup>1</sup>Patienten ist auch nach Abschluss der Behandlung auf ihr Verlangen hin unverzüglich Einsicht in die sie betreffende Patientenakte zu gewähren. <sup>2</sup>Auch persönliche Eindrücke und subjektive Wahrnehmungen der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten, die gemäß § 9 in der Patientenakte dokumentiert worden sind, unterliegen grundsätzlich dem Einsichtsrecht des Patienten. <sup>3</sup>Auf Verlangen des Patienten haben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten diesem Kopien und elektronische Abschriften der Patientenakte zu überlassen. <sup>4</sup>Die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut kann die Erstattung entstandener Kosten fordern.
- (2) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können die Einsicht ganz oder teilweise nur verweigern, wenn der Einsichtnahme erhebliche therapeutische Gründe oder sonstige erhebliche Rechte Dritter entgegenstehen. <sup>2</sup>Nimmt die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut ausnahmsweise einzelne Aufzeichnungen von der Einsichtnahme aus,

weil diese Einblick in ihre oder seine Persönlichkeit geben und deren Offenlegung ihr oder sein Persönlichkeitsrecht berührt, stellt dies keinen Verstoß gegen diese Berufsordnung dar, wenn und soweit in diesem Fall das Interesse der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten am Schutz ihres oder seines Persönlichkeitsrechts in der Abwägung das Interesse des Patienten an der Einsichtnahme überwiegt. <sup>3</sup>Eine Einsichtsverweigerung gemäß Satz 1 oder Satz 2 ist gegenüber dem Patienten zu begründen. <sup>4</sup>Die Regelung des § 12 Absatz 4 Satz 2 bleibt unberührt.

- (3) <sup>1</sup>Im Fall des Todes des Patienten stehen die Rechte aus den Absätzen 1 und 2 zur Wahrnehmung der vermögensrechtlichen Interessen seinen Erben zu. <sup>2</sup>Gleiches gilt für die nächsten Angehörigen des Patienten, soweit sie immaterielle Interessen geltend machen. <sup>3</sup>Die Rechte sind ausgeschlossen, soweit der Einsichtnahme der ausdrückliche oder mutmaßliche Wille des Patienten entgegensteht.

## **§ 12 Umgang mit minderjährigen Patienten**

- (1) <sup>1</sup>Einwilligungsfähig in eine psychotherapeutische Behandlung ist ein Minderjähriger nur dann, wenn er über die behandlungsbezogene natürliche Einsichtsfähigkeit verfügt. <sup>2</sup>Verfügt der Patient nicht über diese Einsichtsfähigkeit, ist die Behandlung nur mit Einwilligung der Sorgeberechtigten zulässig. <sup>3</sup>Weitergehende Anforderungen aufgrund gesetzlicher Vorschriften bleiben unberührt.
- (2) <sup>1</sup>Die Einwilligung der Sorgeberechtigten setzt deren umfassende Aufklärung entsprechend § 7 voraus. <sup>2</sup>Auch dem nicht einwilligungsfähigen Patienten sind die in § 7 Absatz 2 aufgeführten Informationen entsprechend seinem Verständnis zu erläutern, soweit dieser auf Grund seines Entwicklungsstandes und seiner Verständnismöglichkeiten in der Lage ist, die Erläuterung aufzunehmen, und soweit dies seinem Wohl nicht zuwider läuft.
- (3) <sup>1</sup>Einsichtsfähige minderjährige Patienten sind umfassend gemäß § 7 aufzuklären. <sup>2</sup>Ihre Einwilligung in die Behandlung ist einzuholen.
- (4) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind schweigepflichtig sowohl gegenüber dem einsichtsfähigen Patienten als auch gegebenenfalls gegenüber den am therapeuti-

schen Prozess teilnehmenden Bezugspersonen hinsichtlich der von den jeweiligen Personen ihnen anvertrauten Mitteilungen. <sup>2</sup>Soweit ein Minderjähriger über die Einsichtsfähigkeit nach Absatz 1 verfügt, bedarf eine Einsichtnahme durch Sorgeberechtigte in die ihn betreffende Patientenakte der Einwilligung des Minderjährigen. <sup>3</sup>Es gelten die Ausnahmen entsprechend den Regelungen in § 8.

### **§ 13 Umgang mit eingeschränkt einwilligungsfähigen Patienten**

- (1) Einwilligungsfähig in eine psychotherapeutische Behandlung ist ein Patient, für den ein rechtlicher Vertreter eingesetzt ist, nur dann, wenn er über die behandlungsbezogene natürliche Einsichtsfähigkeit verfügt.
- (2) <sup>1</sup>Verfügt der Patient nicht über diese Einsichtsfähigkeit, hat die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut nach entsprechender Aufklärung die Einwilligung des rechtlichen Vertreters einzuholen. <sup>2</sup>Bei Konflikten zwischen gesetzlich eingesetzten Vertretern und Patienten ist die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut verpflichtet, insbesondere auf das Wohl des Patienten zu achten. <sup>3</sup>Auch dem nicht einwilligungsfähigen Patienten sind die in § 7 Absatz 2 aufgeführten Informationen entsprechend seinem Verständnis zu erläutern, soweit dieser auf Grund seines Entwicklungsstandes und seiner Verständnismöglichkeiten in der Lage ist, die Erläuterung aufzunehmen, und soweit dies seinem Wohl nicht zuwider läuft.
- (3) Der gesetzlichen Betreuungssituation und den sich daraus ergebenden besonderen Anforderungen an die Indikationsstellung und Durchführung der Behandlung ist Rechnung zu tragen.

### **§ 14 Honorierung und Abrechnung**

- (1) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben auf eine angemessene Honorierung ihrer Leistungen zu achten. <sup>2</sup>Das Honorar ist nach der Gebührenordnung für Psychologische Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten (GOP) zu bemessen, soweit nicht gesetzlich etwas anderes bestimmt ist.



- (2) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen die Sätze nach der GOP nicht in unlauterer Weise unterschreiten oder sittenwidrig überhöhte Honorarvereinbarungen treffen. <sup>2</sup>In begründeten Ausnahmefällen können sie Patienten das Honorar ganz oder teilweise erlassen.
- (3) <sup>1</sup>Honorarfragen sind zu Beginn der Leistungserbringung zu klären. <sup>2</sup>Abweichungen von den gesetzlichen Gebühren (Honorarvereinbarungen) sind schriftlich zu vereinbaren.
- (4) <sup>1</sup>Weiß die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut, dass eine vollständige Übernahme der Behandlungskosten durch einen Dritten nicht gesichert ist oder ergeben sich nach den Umständen hierfür hinreichende Anhaltspunkte, muss sie oder er den Patienten vor Beginn der Behandlung über die voraussichtlichen Kosten der Behandlung in Textform informieren. <sup>2</sup>Weitergehende Formerfordernisse aus anderen Vorschriften bleiben unberührt.
- (5) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen von Patienten eine Zahlung wegen des Nichterscheinens zu einem vereinbarten Termin oder der kurzfristigen Absage eines solchen (Bereitstellungshonorar) nur dann verlangen, wenn dem Patienten die Möglichkeit eingeräumt wurde, den Termin vorher mit angemessener Frist ohne Zahlungspflicht abzusagen. <sup>2</sup>Weitergehende Anforderungen aufgrund gesetzlicher Vorschriften bleiben unberührt.
- (6) Die Angemessenheit der Honorarforderung hat die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut auf Anfrage gegenüber der Kammer zu begründen.
- (7) Abrechnungen haben der Klarheit und Wahrheit zu entsprechen und den zeitlichen Ablauf der erbrachten Leistungen korrekt wiederzugeben.

## **§ 15 Fortbildungspflicht**

<sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die ihren Beruf ausüben, sind verpflichtet, entsprechend der Fortbildungsrichtlinie der Kammer ihre beruflichen Fähigkeiten zu erhalten und weiterzuentwickeln. <sup>2</sup>Sie müssen ihre Fortbildungsmaßnahmen auf Verlangen der Kammer nachweisen.

## **§ 16 Qualitätssicherung**

(1) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind dafür verantwortlich, dass ihre Berufsausübung aktuellen Qualitätsanforderungen entspricht. <sup>2</sup>Hierzu haben sie angemessene qualitätssichernde Maßnahmen zu ergreifen.

(2) Dies schließt gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen für Mitarbeiter ein.

## **§ 17 Verhalten gegenüber Kollegen und Dritten**

(1) Anfragen von Kollegen und Angehörigen anderer Heilberufe sind zeitnah unter Beachtung von § 8 zu beantworten.

(2) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können sich in kollegialer Weise auf Vorschriften der Berufsordnung aufmerksam machen. <sup>2</sup>Sie verletzen ihre Pflicht zur Kollegialität auch dann nicht, wenn sie bei Vorliegen eines begründeten Verdachts die Kammer auf einen möglichen Verstoß eines Kollegen gegen die Berufsordnung hinweisen. <sup>3</sup>Soweit ein Verdacht der Gefährdung oder Schädigung von Patienten besteht, sind Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gehalten, unter Wahrung der Autonomie und des Selbstbestimmungsrechts der betroffenen Patienten Schritte zu erwägen, die geeignet sind, mögliche Schädigungen abzuwenden. <sup>4</sup>§ 8 bleibt unberührt.

(3) Bei sich aus der psychotherapeutischen Tätigkeit ergebenden Konflikten mit Kollegen oder Dritten kann eine Vermittlung durch die Kammer gemäß den Vorschriften des Heilberufe-Kammergesetzes (HKaG) beantragt werden.

## **§ 18 Delegation**

<sup>1</sup>Psychotherapie muss persönlich und eigenverantwortlich erbracht werden und kann grundsätzlich nicht delegiert werden. <sup>2</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten können diagnostische Teilaufgaben sowie behandlungsergänzende Maßnahmen an Dritte delegieren, sofern diese über eine dafür geeignete Qualifikation verfügen und die Patienten wirksam

eingewilligt haben. <sup>3</sup>Die Gesamtverantwortung für die delegierten Maßnahmen verbleibt bei der delegierenden Psychotherapeutin oder dem delegierenden Psychotherapeuten.

### **§ 19 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Arbeitgeber oder Vorgesetzte**

- (1) Beschäftigen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in ihrer Praxis, in Ambulanzen oder anderen Institutionen des Gesundheitswesens sowie in Ausbildungs- und Forschungsinstituten oder anderen Einrichtungen Mitarbeiter, so haben sie auf angemessene Arbeits- und Vergütungsbedingungen hinzuwirken und Verträge abzuschließen, welche der jeweiligen Tätigkeit entsprechen.
- (2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Arbeitgeber oder Vorgesetzte dürfen keine Weisungen erteilen, die mit dieser Berufsordnung nicht vereinbar sind.
- (3) Zeugnisse über Mitarbeiter sollen innerhalb von drei Monaten nach Antragstellung, bei Ausscheiden unverzüglich, ausgestellt werden.

## Formen der Berufsausübung

### § 20 Ausübung psychotherapeutischer Tätigkeit in einer Niederlassung

- (1) <sup>1</sup>Die selbständige Ausübung psychotherapeutischer Behandlungstätigkeit ist grundsätzlich an die Niederlassung in einer Praxis gebunden, soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder diese Berufsordnung etwas anderes zulassen. <sup>2</sup>Die Durchführung bestimmter Therapiemaßnahmen kann auch außerhalb der Praxisräumlichkeiten oder in besonderen Behandlungsräumen stattfinden, soweit dies für die Behandlung notwendig ist und berufsrechtliche Belange nicht beeinträchtigt werden. <sup>3</sup>Ist eine Behandlung in einer Praxis aufgrund psychischer oder körperlicher Einschränkungen des Patienten nicht möglich, kann die Behandlung in Ausnahmefällen unter den Voraussetzungen des Satzes 2 auch vollständig außerhalb der Praxis stattfinden.
- (2) <sup>1</sup>Es ist zulässig, über den Praxissitz hinaus an bis zu zwei weiteren Niederlassungsorten psychotherapeutisch tätig zu sein. <sup>2</sup>Dabei haben die Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten Vorkehrungen für eine ordnungsgemäße Versorgung an jedem Ort ihrer Tätigkeit zu treffen.
- (3) <sup>1</sup>Orte und Zeitpunkte der Aufnahme psychotherapeutischer Tätigkeiten und jede Veränderung sind der Kammer unverzüglich mitzuteilen. <sup>2</sup>Auch die Anzeigepflichten gemäß der Meldeordnung der Kammer sind zu beachten.
- (4) <sup>1</sup>Werden in der Praxis Mitarbeiter tätig oder nehmen Personen zur Vorbereitung auf den Beruf an der psychotherapeutischen Tätigkeit teil, trägt der Praxisinhaber die berufsrechtliche Gesamtverantwortung. <sup>2</sup>Die Patienten müssen über die die Heilkunde ausübenden Personen am jeweiligen Ort in geeigneter Weise informiert werden. <sup>3</sup>Niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben die Kammer auf Verlangen über die am jeweiligen Ort an der psychotherapeutischen Versorgung beteiligten Personen und deren Qualifikation zu informieren.
- (5) <sup>1</sup>Niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sind verpflichtet, an einem eingerichteten Notfalldienst nach Maßgabe des Heilberufe-Kammergesetzes (HKaG) teilzunehmen. <sup>2</sup>Die Teilnahme an einem Notfalldienst entbindet die behandelnde Psychotherapeutin oder den behandelnden Psychotherapeuten nicht von ihrer oder sei-

ner Verpflichtung, für die Betreuung ihrer oder seiner Patienten in dem Umfang Sorge zu tragen, wie es deren Krankheitszustand erfordert. <sup>3</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben sich für den Notfalldienst fortzubilden, wenn sie nicht auf Dauer von der Teilnahme am Notfalldienst befreit sind.

## **§ 21 Berufliche Kooperationen**

- (1) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen sich zu Berufsausübungsgemeinschaften mit anderen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zusammenschließen. <sup>2</sup>Sie dürfen sich zudem zur kooperativen Berufsausübung mit selbständig tätigen und zur eigenverantwortlichen Berufsausübung befugten Berufsangehörigen anderer akademischer Heilberufe oder staatlicher Ausbildungsberufe im Gesundheitswesen sowie mit Personen zusammenschließen, welche über eine Qualifikation gemäß § 5 Absatz 2 Psychotherapeutengesetz (PsychThG) verfügen. <sup>3</sup>Die Kammer kann aus wichtigem Grund Ausnahmen von den Beschränkungen nach Satz 2 zulassen. <sup>4</sup>Für Berufsausübungsgemeinschaften und Zusammenschlüsse zur kooperativen Berufsausübung dürfen nur Gesellschaftsformen gewählt werden, die für den Beruf der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten rechtlich zulässig sind.
- (2) <sup>1</sup>Bei den Zusammenschlüssen im Sinne des Absatzes 1 sind – unbeschadet des Namens einer Partnerschaftsgesellschaft – die Namen aller zusammengeschlossenen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, der Angehörigen der anderen Berufsgruppen, die zugehörigen Berufsbezeichnungen und jeder Ort der Berufsausübung öffentlich anzukündigen. <sup>2</sup>Die Fortführung des Namens eines nicht mehr berufstätigen, eines ausgeschiedenen oder verstorbenen Partners ist unzulässig.
- (3) Abgesehen von einer Berufsausübungsgemeinschaft oder einer kooperativen Berufsausübung im Sinne des Absatzes 1 dürfen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sich an anderen Kooperationen beteiligen, deren Ziel ein bestimmter Versorgungsauftrag oder eine andere Form der Zusammenarbeit zur Patientenversorgung ist.
- (4) Bei allen Formen von Kooperationen muss die freie Wahl der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten durch die Patienten gewährleistet und die eigenverantwortliche, fachlich unabhängige sowie nicht gewerbliche Berufsausübung gewahrt bleiben.

- (5) Bei allen Formen von Kooperationen ist die Verarbeitung der Patientendaten so zu organisieren, dass bei Beendigung der Kooperation eine Trennung der Datenbestände unter Wahrung der Geheimhaltungspflichten, der Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten, der schutzwürdigen Belange der betroffenen Patienten sowie der schutzwürdigen Belange der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten möglich ist.
- (6) <sup>1</sup>Jede teilnehmende Psychotherapeutin und jeder teilnehmende Psychotherapeut haben dafür Sorge zu tragen, dass die psychotherapeutischen Berufspflichten im Hinblick auf die Kooperation eingehalten werden. <sup>2</sup>Eine Beteiligung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten an Kooperationen, die missbräuchlich die eigenverantwortliche Berufsausübung einschränken, Überweisungen an Leistungserbringer außerhalb der Organisation ausschließen oder in anderer Weise die Beachtung der Berufspflichten der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten beschränken, ist unzulässig.
- (7) <sup>1</sup>Alle Kooperationen im Sinne dieser Vorschrift – gleich in welcher Form – sowie deren Änderungen oder Beendigung sind der Kammer anzuzeigen. <sup>2</sup>Kooperationsverträge sind auf Verlangen der Kammer vorzulegen, soweit es die Prüfung der Übereinstimmung der Vereinbarungen mit den Vorgaben dieser Berufsordnung im Einzelfall erfordert.

## **§ 22 Anforderungen an die Praxen**

- (1) <sup>1</sup>Praxen von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten müssen den besonderen Anforderungen der psychotherapeutischen Behandlung genügen. <sup>2</sup>Präsenz und Erreichbarkeit sind zu gewährleisten.
- (2) <sup>1</sup>Anfragen von Patienten, die sich in laufender Behandlung befinden, müssen zeitnah beantwortet werden, sofern dem nicht besondere Gründe entgegenstehen. <sup>2</sup>Bei Verhinderung der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten sind dem Patienten alternative Kontaktmöglichkeiten mitzuteilen.
- (3) Räumlichkeiten, in denen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ihren Beruf ausüben, müssen von ihrem privaten Lebensbereich getrennt sein.

(4) Die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 3 gelten für alle Orte psychotherapeutischer Tätigkeit entsprechend.

### **§ 23 Informationen über Praxen und werbende Darstellung der Berufstätigkeit**

(1) <sup>1</sup>Die selbständige Ausübung von Psychotherapie ist an allen Orten der psychotherapeutischen Tätigkeit durch ein Praxisschild kenntlich zu machen. <sup>2</sup>Dabei sind der Name, die Berufsbezeichnung und ein Hinweis auf Erreichbarkeit (Sprechzeiten oder Telefonnummer) anzugeben. <sup>3</sup>Abweichend von Satz 2 sollen besondere Behandlungsräume im Sinne von § 20 Absatz 1 Satz 2 durch ein Schild mit einem Hinweis auf den Praxissitz (Anschrift und Telefonnummer) gekennzeichnet werden. <sup>4</sup>Weitere Angaben sind nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 möglich. <sup>5</sup>Aus wichtigem Grund kann die Kammer auf Antrag Ausnahmen von den Sätzen 1 bis 3 zulassen.

(2) Die Verwendung anderer Bezeichnungen als „Praxis“ bedarf der Genehmigung durch die Kammer.

(3) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen auf ihre berufliche Tätigkeit werbend hinweisen. <sup>2</sup>Die Werbung muss sich in Form und Inhalt auf die sachgerechte und angemessene Information über das berufliche Angebot beschränken. <sup>3</sup>Eine dem beruflichen Selbstverständnis der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zuwiderlaufende Werbung ist unzulässig.

(4) <sup>1</sup>Berufswidrige Werbung ist Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten untersagt. <sup>2</sup>Berufswidrig ist insbesondere eine nach Inhalt oder Form anpreisende, irreführende oder vergleichende Werbung. <sup>3</sup>Dies gilt auch für die Darstellung auf Praxisschildern. <sup>4</sup>Die Ausübung von Psychotherapie gemäß dem Psychotherapeutengesetz (PsychThG) muss in der Außendarstellung von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten klar von ihren weiteren beruflichen Tätigkeiten bzw. Angeboten abgegrenzt werden. <sup>5</sup>Eine Werbung für eigene oder fremde gewerbliche Tätigkeiten oder Produkte in Zusammenhang mit der psychotherapeutischen Tätigkeit ist unzulässig. <sup>6</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen eine nach dieser Berufsordnung unzulässige Werbung auch durch andere weder veranlassen noch dulden. <sup>7</sup>Werbeverbote auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen bleiben unberührt.

- (5) <sup>1</sup>Das Impressum einer Internetpräsenz von niedergelassenen Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten muss die Angaben gemäß Absatz 1 Satz 2 sowie einen Hinweis auf die Mitgliedschaft in der Kammer und auf diese Berufsordnung enthalten. <sup>2</sup>Weitergehende Anforderungen an eine Internetpräsenz aus anderen Vorschriften bleiben unberührt.

## **§ 24 Vorsorgemaßnahmen für Aktenaufbewahrung und Datensicherheit**

- (1) <sup>1</sup>Niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, dass auch bei Aufgabe der Praxis oder bei Übergabe der Praxis an einen Praxisnachfolger sowie im Falle eigenen Unvermögens (zum Beispiel bei Krankheit oder Tod) die Regeln der Datensicherheit gemäß § 10 eingehalten werden. <sup>2</sup>Eine Beendigung der Praxistätigkeit ist der Kammer mitzuteilen.
- (2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben auch dafür Sorge zu tragen, dass in den in Absatz 1 Satz 1 genannten Fällen die Patientenakten sicher verwahrt und nach Ablauf der Aufbewahrungszeit (§ 9 Absatz 3) unter Beachtung der Grundsätze der Datenschutzbestimmungen vernichtet werden.
- (3) <sup>1</sup>Patientenakten können bei Übergabe der Praxis mit schriftlicher Einwilligungserklärung der betroffenen Patienten an den Praxisnachfolger übergeben werden. <sup>2</sup>Soweit eine Erklärung von Patienten nicht vorliegt, können Patientenakten in die Obhut des Praxisnachfolgers gegeben werden, wenn dieser sich verpflichtet, die Patientenakten getrennt von eigenen Unterlagen unter Verschluss zu halten und nur mit Einwilligung der betroffenen Patienten Zugriff auf die jeweilige Akte zu nehmen.
- (4) Niedergelassene Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben in geeigneter Weise und unter Beachtung von § 8 auch Vorsorge dafür zu treffen, dass für den Fall ihres Unvermögens bzw. der Aufgabe oder Übergabe ihrer Praxis die Patienten von dem Aufbewahrungsort der Patientenakten Kenntnis erlangen können und Zugang zu diesen erhalten können.



## **§ 25 Ausübung des Berufs in einem Beschäftigungs- oder Dienstverhältnis**

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in einem Beschäftigungs- und/oder Dienstverhältnis dürfen nur Weisungen befolgen, die mit dieser Berufsordnung vereinbar sind und deren Befolgung sie selbst verantworten können.
- (2) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen fachliche Weisungen nur von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und von Ärzten als Vorgesetzten entgegennehmen, die über die entsprechende fachliche Qualifikation verfügen.
- (3) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Dienstvorgesetzte dürfen keine Weisungen erteilen, die mit der Berufsordnung unvereinbar sind. <sup>2</sup>Sie haben bei der Gestaltung beruflicher Rahmenbedingungen darauf hinzuwirken, dass diese dem weisungsgebundenen Berufskollegen die Einhaltung seiner Berufspflichten ermöglichen.
- (4) Sofern Weisungsbefugnis besteht, ist der Empfänger dieser Weisungen dadurch nicht von seiner psychotherapeutischen Verantwortung entbunden.
- (5) Üben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten ihren Beruf in einem Beschäftigungs- oder Dienstverhältnis und zugleich selbständig in einer Praxis aus, haben sie Interessenkonflikte, die sich hierbei ergeben, unter vorrangiger Berücksichtigung des Patientenwohls zu lösen.

## **§ 26 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten als Lehrende und Lehrtherapeuten sowie als Supervisoren**

- (1) <sup>1</sup>In der Ausbildung und Weiterbildung tätige Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen Abhängigkeiten nicht zur Befriedigung eigener Bedürfnisse und Interessen ausnutzen oder Vorteile daraus ziehen. <sup>2</sup>Die Regelungen zur Abstinenz (§ 6) gelten entsprechend.
- (2) <sup>1</sup>Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen keine Prüfungen bei Ausbildungs- und Weiterbildungsteilnehmern abnehmen, die bei ihnen in Selbsterfahrung oder Lehrtherapie sind oder waren. <sup>2</sup>Zwischen einem Selbsterfahrungsleiter und einem Teil-

nehmer an einer Selbsterfahrung darf kein dienstliches, privates, die Ausbildung oder Weiterbildung betreffendes oder sonstiges Abhängigkeitsverhältnis bestehen.

- (3) Die Ausbildungs- bzw. Weiterbildungsbedingungen müssen für alle Betroffenen transparent und durch schriftlichen Vertrag festgelegt sein.
- (4) Auszubildende sind auf ihren späteren Beruf hin angemessen auszubilden.

## **§ 27 Gutachten, Stellungnahmen, Bescheinigungen**

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten dürfen sich als Gutachter betätigen, soweit ihre Fachkenntnisse und ihre beruflichen Erfahrungen ausreichen, um die zu untersuchende Fragestellung nach bestem Wissen und Gewissen beantworten zu können.
- (2) <sup>1</sup>Bei der Ausstellung psychotherapeutischer Gutachten, Stellungnahmen und Bescheinigungen haben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten mit der notwendigen Sorgfalt zu verfahren und im Rahmen der fachlichen Standards nach bestem Wissen ihre psychotherapeutische Überzeugung auszudrücken. <sup>2</sup>Gutachten, Stellungnahmen und Bescheinigungen, zu deren Ausstellung die Psychotherapeutin oder der Psychotherapeut verpflichtet ist oder die auszustellen sie oder er übernommen hat, sind innerhalb einer angemessenen Frist abzugeben.
- (3) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben vor Durchführung einer Begutachtung ihre gutachterliche Rolle zu verdeutlichen und von einer psychotherapeutischen Behandlungstätigkeit klar abzugrenzen.
- (4) <sup>1</sup>Ein Auftrag zur Begutachtung eigener Patienten im Rahmen eines Gerichtsverfahrens ist grundsätzlich abzulehnen. <sup>2</sup>Eine Stellungnahme im Rahmen eines Gerichtsverfahrens ist nur dann möglich, wenn der Patient auf die möglichen Risiken einer Äußerung der Psychotherapeutin oder des Psychotherapeuten in geeigneter Weise hingewiesen wurde und wenn er die Psychotherapeutin oder den Psychotherapeuten auf dieser Grundlage von der Schweigepflicht entbunden hat. <sup>3</sup>Gesetzliche Aussage- und Gutachterpflichten bleiben unberührt.

## **§ 28 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in der Forschung**

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben bei der Planung und Durchführung von Studien und Forschungsprojekten die in der Deklaration von Helsinki in der jeweils aktuellen Fassung niedergelegten ethischen Grundsätze zu beachten.
- (2) <sup>1</sup>Die Teilnehmer sind vor Beginn von Psychotherapiestudien sorgfältig über deren Inhalte, Rahmenbedingungen und mögliche Belastungen sowie Risiken aufzuklären. <sup>2</sup>Diese Information und die Zustimmung zur Teilnahme an der Studie müssen vor Beginn der Durchführung schriftlich niedergelegt sein.
- (3) Sofern Behandlungen im Rahmen eines Forschungsvorhabens nicht abgeschlossen werden können, ist dafür Sorge zu tragen, dass Weiterbehandlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen oder vermittelt werden können.
- (4) Bei der Veröffentlichung von Forschungsergebnissen haben Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten Auftraggeber und Geldgeber der Forschung zu nennen.

## Schlussbestimmungen

### § 29 Pflichten gegenüber der Kammer

- (1) Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten haben auf Anfragen der Kammer, welche diese zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben, insbesondere im Rahmen der Berufsaufsicht, an sie stellt, in angemessener Frist zu antworten.
- (2) Die Anzeigepflichten gemäß der Meldeordnung der Kammer sind zu beachten.

### § 30 Ahnden von Verstößen

- (1) <sup>1</sup>Schuldhaft (vorsätzliche oder fahrlässige) Verstöße gegen diese Berufsordnung werden durch die Kammer gemäß den Vorschriften des Heilberufe-Kammergesetzes (HKaG) berufsrechtlich verfolgt. <sup>2</sup>Bei nur geringfügigen Berufsrechtsverstößen kann von einer berufsrechtlichen Sanktion abgesehen werden. <sup>3</sup>Andere rechtliche Maßnahmen bleiben unberührt.
- (2) Ein außerhalb des Berufs liegendes Verhalten einer Psychotherapeutin oder eines Psychotherapeuten kann dann eine berufsrechtlich zu ahndende Pflichtverletzung sein, wenn es nach den Umständen des Einzelfalles in besonderem Maße geeignet ist, Achtung und Vertrauen in einer für die Ausübung oder das Ansehen dieses Berufes bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen.

### § 31 Berufsrechtsvorbehalt

Vorschriften dieser Berufsordnung, die das Partnerschaftsgesellschaftsgesetz (PartGG) einschränken, sind vorrangig auf Grund von § 1 Absatz 3 PartGG.

### § 32 Inkrafttreten

Diese Berufsordnung tritt nach der Veröffentlichung im Bayerischen Staatsanzeiger am 1. Oktober 2014 in Kraft.